



Liebe Leserinnen und Leser,

in der dritten Kalenderwoche dieses Jahres wurde im Bundestag der Bundeshaushalt 2010 beraten. Auch dabei legte die Regierung einen weiteren Beweis vor, dass sie nicht mit Geld umgehen kann. In einer Zeit, die noch immer stark von der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt ist und die die finanzielle Lage des Staates im Wesentlichen beeinflusst, hat die Regierung keine Strategie vorzuweisen.

Das wichtigste Thema der zweiten Sitzungswoche war sicherlich der Afghanistaneinsatz. Der heutige Bericht aus Berlin beschäftigt sich weiterhin mit der Kurzarbeit, dem Kinderschutz und der Wirtschaftskrisenbewältigung und -prävention.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen,

Ihr

1. Bundeshaushalt 2010

Herr Schäuble enttäuscht mehr und mehr im Amt des Bundesfinanzministers. Da, wo Peer Steinbrück eine klare Linie hatte, taktiert Schäuble lediglich aus parteipolitischen Gründen. Diese Regierung hat keine Wachstumsstrategie und keine Konsolidierungsstrategie. Sie scheint vielmehr entschlossen, die Bundesfinanzen und auch die Haushalte vieler Länder und sehr vieler Kommunen zu ruinieren – nur um völlig verfehlte Steuer-senkungen für Wenige durchzuboxen.

Mit dem ersten Haushalt der Bundesregierung bilanzieren wir den krassen Fehlstart der Bundesregierung – und dieser Fehlstart findet auch noch in der größten Finanz- und Wirtschaftskrise der Republik statt. Dass diese Regierung keinerlei Strategie und keinen Kurs zur Krisenbewältigung hat, wird den Fehlstart –

zum Schaden unseres Landes – zu einer Dauereinrichtung machen.

Die einzige klare Antwort, die diese Regierung gibt, sind die Ankündigungen weiterer Steuer-senkungen. Doch hier herrscht unter allen Experten Einigkeit: Weitere massive Steuer-senkungen bei leeren öffentlichen Kassen sind keine Wachstumsstrategie

Eckdaten Bundeshaushalt 2010

Der Bundeshaushalt ist im Wesentlichen geprägt von der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise. 2010 soll nach dem Entwurf des Bundeshaushalts die Nettoneuverschuldung 85,8 Milliarden Euro betragen. Das sind so viele Schulden wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Außerdem soll der Bund in diesem Jahr 325,4 Milliarden Euro ausgeben können. Das sind 22,09 Milliarden Euro mehr als im vergangenen Jahr (2009: 303,31 Milliarden Euro). Für Investitionen sind 28,7 Milliarden Euro (32,8 Milliarden Euro) eingeplant.

Die Zahlen zeigen ganz klar: Deutschland kann sich weder 2011, noch 2012, noch 2013 weitere weitreichende Steuer-senkungen leisten.

Auch die jetzt ins Spiel gebrachte Verschiebung auf 2012 oder 2013 ist weder mit der neuen Schuldenregel vereinbar, noch mit dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstums-pakt, und erst recht nicht mit einer Politik,

die die Interessen zukünftiger Generationen beachtet. Um das zu erkennen, brauchen wir nicht die nächste Steuer-schätzung.

SPD steht zu ihrer Verantwortung

Es ist unverantwortlich, die Bevölkerung im Unklaren zu lassen, nur um vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sich einer öffentlichen Diskussion über die wahren Ziele dieser Koalition zu entziehen. Die SPD wird an ihrem Kurs zur Krisenbewältigung festhalten. In erster Linie geht es darum, die Auswirkungen der Krise auf die Menschen in unserem Land ab-

| Inhalt | | |
|--------|--|-----|
| 1. | Bundeshaushalt 2010 | S.1 |
| 2. | Afghanistan-Einsatz braucht klare Perspektive | S.2 |
| 3. | Konditionen für Kurzarbeit verbessern | S.3 |
| 4. | Kinder wirksamer schützen | S.3 |
| 5. | Lasten der Krise gerecht verteilen – Spekulationen eindämmen | S.4 |
| 6. | Geschenk an Hoteliers rückgängig machen | S.4 |
| 7. | Sexuelle Identität im Grundgesetz schützen | S.5 |
| 8. | Nachhaltige Wirtschaftsstrategie gefordert | S.5 |



zumildern. Mit den Konjunkturpaketen und der Bankenstabilisierung konnte unsere Volkswirtschaft vor einem größeren Absturz bewahrt werden. Die Bewältigung der Symptome ist dabei für uns untrennbar mit der Bekämpfung der Ursachen verbunden, damit sich eine solche Krise nicht wiederholen kann. Diejenigen, die die Krise verursacht haben, müssen auch dafür haften und diejenigen, die von den staatlichen Rettungsmaßnahmen unmittelbar, aber auch mittelbar profitieren, müssen die Kosten tragen, die den öffentlichen Haushalten entstanden sind. Künftig müssen effektivere, umfassendere Regeln implementiert werden, um ein erneutes Versagen der Akteure auf den Märkten zu verhindern.

Damit Politik und Staat im Interesse der Menschen auch in Zukunft handlungsfähig bleiben, muss nach der Bewältigung der Krise die Rückkehr zur Konsolidierung Priorität haben. Weitere Einnahmeverluste für Bund, Länder und Gemeinden sind deshalb nicht vertretbar, schon gar nicht durch ungerechte Steuersenkungen.

2. Afghanistan-Einsatz braucht klare Perspektive

Am 27. Januar hielt die Kanzlerin endlich ihre Regierungserklärung zur internationalen Afghanistan-Konferenz in London. In seiner Erwiderung begrüßte der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel, dass Schwarz-Gelb nach wochenlangem Ringen um eine Afghanistan-Strategie nun Kernforderungen der Sozialdemokraten übernommen hat. Als „Last-Minute“-Entscheidung wollen nun auch Union und FDP die Aufstockung der Mittel für den Wiederaufbau, mehr Ausbildung von Sicherheitskräften und eine Abzugsperspektive.

Klare Abzugsperspektive und überprüfbare Ziele für den Einsatz gefordert

Die SPD fordert im Einklang mit der Strategie der USA und den europäischen Partnern die Reduzierung der Truppen ab 2011 zu beginnen. Der angestrebte Abzug der Bundeswehr von 2013 bis 2015 entspricht dem Ziel der afghanischen Regierung, in diesem Zeitraum selbst die Sicherheitsverantwortung für ihr Land zu übernehmen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die internationale Gemeinschaft Afghanistan bis dahin unterstützen.

Eine Abzugsperspektive für die deutschen Streitkräfte aus Afghanistan forderte der SPD-Vorsitzende von der Bundesregierung als Grundvoraussetzung für eine Zustimmung der Sozialdemokraten zu einem neuen Bundeswehrmandat. Des Weiteren müsse die Kanzlerin qualitative und quantitative Ziele für den deutschen Afghanistan-Einsatz entwickeln und ihre Einhaltung kontinuierlich und transparent durch Nichtregierungsstellen überprüfen lassen.

Die von der schwarz-gelben Regierung geplante Truppenaufstockung kritisierte der SPD-Parteivorsitzende deutlich: „Wir sind nicht überzeugt davon, dass wir für diese Strategie 850 zusätzliche Soldatinnen und Soldaten brauchen. Darüber werden wir hier im Deutschen Bundestag sicher noch heftig diskutieren“.

10-Punkte-Plan von Frank-Walter Steinmeier hat Richtung vorgegeben

Gabriel erinnerte in seiner Rede an die Vorlage für die jetzt durch die Bundesregierung übernommene Strategie: den Zehn-Punkte-Plan Frank-Walter Steinmeiers, den er bereits im Spätsommer 2009 vorgelegt hatte. Darin wird unter anderem eine massive Stärkung des zivilen Aufbaus gefordert, eine Regionalisierung der Sicherheitsstrukturen, ein Dialog mit allen relevanten Kräften im Land sowie eine stärkere Einbeziehung von wichtigen internationalen Partnern wie China, Russland, Türkei und auch Iran. Ziel ist es, Afghanistan mittelfristig zu verlassen, ohne die Sicherheit und Stabilität des Landes zu gefährden.

Das Ziel muss sein, die Eigenverantwortung Afghanistans zu stärken und damit die Voraussetzungen für ein Ende des militärischen Engagements zu schaffen. Dazu leisten die deutschen Soldaten, Polizisten und Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren Außerordentliches. Und dies geschieht unter schwierigsten und oft lebensbedrohlichen Bedingungen. Ihre wichtige Arbeit für mehr Sicherheit und Perspektiven für die Menschen gilt es zu unterstützen.

Mit ihrer Afghanistan-Konferenz am 22. Januar unter Beteiligung von Experten hat die SPD die öffentliche Auseinandersetzung gesucht. In ihrem gemeinsamen Positionspapier haben Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel ihre Linie formuliert und die Debatte entscheidend vorangebracht.



3. Konditionen für Kurzarbeit verbessern

Die SPD will eines der erfolgreichsten arbeitsmarktpolitischen Instrumente der letzten Bundesregierung gegen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise fortführen und ergänzen: die Kurzarbeit. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion ihren Antrag „Beschäftigte vor Arbeitslosigkeit schützen - Konditionen für Kurzarbeit verbessern“ in den Bundestag eingebracht, der am 28. Januar im Plenum beraten wurde.

Ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland infolge der Finanzkrise konnte vor allem durch diese Regelung verhindert werden. Die OECD hat anderen Staaten empfohlen, die Regelung zu übernehmen. Auch Deutschland muss vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktprognosen an dem Instrument der Kurzarbeit festhalten. Die Prognosen für 2010 und darüber hinaus zeigen deutlich, dass Kurzarbeit auch weiterhin ein Hauptelement der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland sein muss.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat bereits spürbare Einschränkungen vorgenommen, die die Inanspruchnahme durch die Unternehmen deutlich zurückführen werden. Ab dem 1. Januar 2010 ist der Bezug von Kurzarbeitergeld auf 18 Monate begrenzt. Wir fordern stattdessen eine Ausdehnung der Zahlung auf 36 Monate, um einen ernsthaften Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu vermeiden und die Kurzarbeit finanziell attraktiv für die Arbeitgeber zu halten. Die Sozialbeiträge sollen nach dem Willen der Bundesregierung ab 2011 von den Arbeitgebern getragen werden. Die finanzielle Belastung für die Unternehmen in der Krise wird so merklich steigen. Um diese Betriebe zu stützen, fordert die SPD die Kostenübernahme weiterhin durch die Bundesagentur für Arbeit.

Ferner sollen folgende Regelungen über Dezember 2010 hinaus verlängert werden:

- ein erleichterter Zugang zum Kurzarbeitergeld (Nachweis Entgeltausfall von mehr als 10 Prozent),
- kein Abbau der Arbeitszeitkonten vor Bezug von Kurzarbeitergeld,
- die Möglichkeit für Zeitarbeitsfirmen mit ihren Leih-/Zeitarbeitern Kurzarbeit zu vereinbaren.

Nur durch eine vorausschauende, gestaltende Arbeitsmarktpolitik, wie sie die SPD in die Wege geleitet hatte, werden wir die Innovationskraft der deutschen Industrie in Zeiten der Krise bewahren können.

4. Kinder wirksamer schützen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Antrag mit Eckpunkten für ein umfassendes Kinderschutzkonzept in den Bundestag eingebracht, der ebenfalls am 28. Januar im Bundestag beraten wurde. Damit ist sie den Ankündigungen von Familienministerin Köhler einen entscheidenden Schritt voraus. Der SPD geht es vor allem darum, Eltern zu stärken, um Überforderungen zu vermeiden und das Kindeswohl von Anfang an zu schützen. Die Sozialdemokraten setzen deshalb vor allem auf Prävention, den Ausbau früher Hilfen, eine bessere Zusammenarbeit unter allen Akteuren sowie eine enge Verzahnung von Kinder- und Jugendhilfe mit dem Gesundheitswesen. Die SPD-Bundestagsfraktion erneuert auch ihre Forderungen, die Kinderrechte endlich in der Verfassung zu verankern und ein Präventionsgesetz zu verabschieden. Darin soll jedem Kind ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und auf den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung zugesichert werden.

Kinderschutz von Anfang an

Die Union will einen reinen Reparaturbetrieb und blendet den präventiven Gedanken komplett aus. Denn warum sonst hat die Union das von Experten lange geforderte Präventionsgesetz in der Vergangenheit blockiert. Entscheidend sei eine frühe Förderung und Unterstützung von Familien, damit es gar nicht erst zu einer Kindeswohlgefährdung kommt.

Beratung und Unterstützung der Eltern beginnt schon rund um die Geburt. Daher setzen wir auf eine bessere und engere Zusammenarbeit von Jugendämtern, Ärzten, Behörden, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Zur besseren Vorbeugung gegen Kindesgefährdung sollen Kitas zu Eltern-Kinderzentren mit breitem Beratungsangebot ausgebaut werden.

Außerdem erwarten wir von der Bundesregierung einen Gesetzentwurf, der den Kinderschutz wirksam verbessert und die Prävention im Kinderschutz optimiert. Die Bundesregierung soll bestehende Lücken in bundesgesetz-



lichen Regelungen schließen, die eine Prävention von Kindesvernachlässigung und -misshandlung, eine Stärkung früher Förderung und früher Hilfen und die Förderung eines gesunden Aufwachsens erschweren.

In der Großen Koalition war das Vorhaben eines Kinderschutzgesetzes gescheitert, da die Union anstatt vorbeugende Maßnahmen in den Mittelpunkt zu stellen auf Kontrolle und Repression setzte. Dies lehnten zahlreiche Expertinnen und Experten ab.

5. Lasten der Krise gerecht verteilen – Spekulationen eindämmen

Beständig wird aus den Reihen der Bundesregierung über Maßnahmen zur angemessenen Beteiligung der Banken an den Krisenkosten und zur Eindämmung von Finanzmarktspekulationen und Boni-Exzessen schwadroniert. Manches - so die Kanzlerin oder auch der Bundesfinanzminister und ihre Beamten - sei denkbar, möglich, wünschenswert; anderes dann aber eher nicht oder unter bestimmten Bedingungen doch. Manches gehe vielleicht national, vielleicht aber auch nicht - oder doch nur mit den USA, oder auch europäisch oder doch eher nicht. Klare Initiativen und jetzt schon ohne weiteres mögliche Gesetzentwürfe der Bundesregierung - zum Beispiel zur Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Boni als Betriebsausgaben - werden allerdings nach wie vor nicht vorgelegt. Das ist nach wie vor die Strategie von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble: Mit allgemeinem Gerede die Öffentlichkeit einlullen und besänftigen - aber im Konkreten den Banken und der Finanzindustrie nicht zu nahe treten.

Die SPD hat dazu eine klare und konkrete Gegenposition. Mit zwei Anträgen fordert sie eine Beteiligung der Banken an den Lasten der Krisenbekämpfung und der Einsetzung präventiver Maßnahmen, um eine Wiederholung der Finanzmarktkrise zu verhindern. Dazu sollen Regelungen sowohl auf der Ebene des internationalen und nationalen Finanzsystems als auch auf der Ebene der einzelnen Banken getroffen werden.

Die SPD fordert die Bundesregierung auf:

- sich konsequent für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionsbesteuerung einzusetzen. Sollte sich auf internationaler Ebene keine

Einigung erzielen lassen, soll eine europäische Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Kann weder eine internationale noch eine europäische Übereinkunft erreicht werden, soll als erster Schritt eine nationale Börsenumsatzbesteuerung nach britischem Vorbild eingeführt werden.

- die zuletzt erste Erfolge zeigenden nationalen und internationalen Maßnahmen gegen Steueroasen und Steuerhinterziehung mit Nachdruck weiter zu führen.
- bei der Umsetzung ihrer Pläne zur Neuordnung der Finanzmarktaufsicht in Deutschland auf alle Maßnahmen zu verzichten, die die Aufsicht institutionell oder personell schwächen könnten.
- für eine angemessene Beteiligung der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung zu sorgen.
- umgehend für eine wirksame Begrenzung der Banker-Boni zu sorgen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben muss sofort umgesetzt werden.

6. Geschenk an Hoteliers rückgängig machen

Hohe Verluste für die öffentliche Hand durch geringere Steuereinnahmen und keine Vorteile für Hotelgäste in Deutschland sind das Ergebnis der schwarz-gelben Regierungspolitik. Die Realität beweist, dass zum Jahresbeginn die Preise für Hotelübernachtungen zum Teil sogar stiegen. Dabei hat die schwarz-gelbe Koalition kurz zuvor den Hotels ein Geschenk in Form der Mehrwertsteuerermäßigung gemacht, um angebliche Wettbewerbsnachteile auszugleichen. Diese Entwicklung belegt nun, dass die von der SPD kritisierten negativen Folgen aus dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ eintreten. Jährlich verliert die öffentliche Hand Steuereinnahmen aus der Absenkung der Mehrwertsteuer für Hoteliers im Umfang von circa einer Milliarde Euro.

Dass die FDP dem Lobbyismus der Hotelbranche erlegen ist, ist spätestens mit der Millio-



nenspende der Substantia AG an die liberale Partei offensichtlich. Skandalös ist, dass auf parlamentarischer Ebene Lobbyinteressen durchgesetzt werden, die zuvor durch eine saftige Parteispende von 1,1 Millionen Euro erkaufte worden sind. Der Koalitionspartner CDU/CSU spielt dabei mit, um das Regierungsbündnis nicht zu gefährden. Dieses Vorgehen hat den Anschein eines käuflichen Staates und es besteht die Gefahr, der Korruption den Weg zu bereiten.

Wir haben die FDP im Bundestag bereits aufgefordert, die Spende der Substantia AG zurückzuzahlen. In einem Gesetzentwurf zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes fordern wir nun, die unsinnige Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent zurückzunehmen. Die Einführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes ist eine eklatante politische Fehlentscheidung der Koalition von CDU/CSU und FDP. Die von der Deutscher Hotel und Gaststättenverband (DEHOGA) in Aussicht gestellte spürbare Senkung der Übernachtungspreise in Deutschland bleibt erwartungsgemäß aus. Ein Wachstumseffekt ist nirgends erkennbar, es werden weder die Auslastung noch die Beschäftigung dieser Betriebe steigen. Auch die Warnungen vor zusätzlichem bürokratischem Aufwand bestätigen sich und veranlassten die Wirtschaftsverbände bereits zum öffentlichen Aufruf an die Bundesregierung nach Abmilderung der Lohnsteuerfolgen der Neuregelung.

Angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte besteht für diese Steuergeschenke keinerlei finanzieller Spielraum. Niemand hat dafür Verständnis und diese schamlose Klientelpolitik.

7. Sexuelle Identität im Grundgesetz schützen

Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität in Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz aufgenommen wird. Es geht vor allem um die Stärkung der Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, transsexuellen und intersexuellen Menschen. Ein ausdrückliches Diskriminierungsverbot im Grundgesetz schafft eine klare Maßgabe für den Gesetzgeber.

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben sich 1949 aufgrund der furchtbaren Erfahrungen in der Zeit des Nazi-Regimes dafür

entschieden in Artikel 3 Absatz 3 zu verankern, welche persönlichen Merkmale als Anknüpfungspunkt von Diskriminierung schlechthin ausscheiden: Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat, Herkunft, Glauben, religiöse und politische Anschauungen.

Dabei hat man damals zwei Opfergruppen der NS-Zeit übergangen: Behinderte und Homosexuelle. Mit der Reform des Grundgesetzes wurde 1994 das Verbot der Benachteiligung aufgrund der Behinderung aufgenommen. Auch für ein Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität gab es damals schon eine Mehrheit, wenn auch nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit.

Sexuelle Identität darf kein Anlass für Diskriminierungen sein. Artikel 3 des Grundgesetzes ist dafür genau der richtige Platz, um das deutlich zu machen. Nachdem sich der Bundesrat mit seiner Mehrheit aus Union und FDP in beschämender Weise einem entsprechenden Antrag verweigert hat, ist die SPD-Bundestagsfraktion tätig geworden. In der Abstimmung wird sich zeigen, was von den vielen Bekenntnissen der FDP zum liberalen Rechtsstaat und zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften zu halten ist. Ihr bisheriges Verhalten zu diesem Thema war jedenfalls ein Armutszeugnis.

8. Nachhaltige Wirtschaftsstrategie gefordert

Der Jahreswirtschaftsbericht 2010 den die Bundesregierung am 28. Januar im Bundestag vorgestellt hat, bestätigt, dass uns ein schwieriges Jahr bevorsteht. Nach wie vor glaubt Schwarz-Gelb jedoch an die starke Beschleunigung des Wirtschaftswachstums durch weitere Steuersenkungen. Aber trotz starker Steuerentlastungen bereits zu Beginn des laufenden Jahres zeigt das Wirtschaftswachstum mit real 1,4 Prozent wie von uns und vielen Experten erwartet, längst nicht die von der Koalition angekündigte Wirkung. Die SPD-Bundestagsfraktion stellt der Klientel- und Verschuldungspolitik von Union und FDP in ihrem Antrag „Für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft – Nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung schaffen“ ein eigenes Konzept entgegen.

Jetzt müssen zentrale Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen werden. Wenn die



Bewältigung der Herausforderungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise misslingt, wird sich die deutsche Wirtschaft für lange Zeit nicht erholen. Um gestärkt aus der Krise zu kommen, ist eine intelligente Wachstumsstrategie notwendig, die nachhaltige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander verbindet. Wir wollen nachhaltiges Wachstum, gute Arbeit und gerechte Teilhabe. Unser Konzept ist die sozialverantwortliche Alternative zur Rat- und Tatenlosigkeit des Bundeswirtschaftsministers.

Unser Hauptaugenmerk liegt darin, eine neue Investitionskultur zu schaffen. Die verstärkte Förderung privater und öffentlicher Investitionen setzt Anreize für Unternehmen und unterstützt Forschung, Entwicklung und Innovationen. Außerdem brauchen wir eine neue Balance von Exporten und Binnennachfrage. Nur so werden wir eine zukunftsfähige Politik gestalten können.

Unsere Hauptforderungen sind daher:

- Private und öffentliche Investitionen müssen gesteigert werden. Mehr unternehmerische Investitionen sind dringend erforderlich, um Arbeitsplätze zu schaffen. Hierfür kommen vor allem Sonderabschreibungen und Investitionszulagen für ressourcensparende Investitionen und gezielte Existenzgründungshilfen in Betracht.
- Gleichermaßen bedarf es eines massiven Impulses bei den öffentlichen Investitionen für bessere Bildung in Deutschland.
- Es geht darum, eine bessere Balance der deutschen Volkswirtschaft durch eine gezielte Stärkung der Binnenwirtschaft zu erreichen. Für mehr Nachfrage und um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Dumpinglöhne abzusichern, sind in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne zu unterstützen. Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn als unterste Grenze.
- Die innerhalb der G 20 und der EU getroffenen Absprachen zur Stabilisierung der Finanzmärkte sind in konkrete Regulierungsvorschriften umzusetzen. Anreize für Spekulationen sind zu begrenzen und Anreize für langfristige Investitionen zu erhöhen. Die Begren-

zung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben ist umgehend umzusetzen.

- Für die binnenwirtschaftliche Entwicklung wird die Kreditversorgung der Wirtschaft von besonderer Bedeutung sein. Dazu muss es eine verbindliche Selbstverpflichtung der Banken geben, das Kreditvolumen vor allem für den Mittelstand deutlich zu erhöhen.
- Zur Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland ist die Modernisierung traditioneller industrieller Zweige auf der Grundlage einer strategischen und ökologischen Industriepolitik voranzutreiben. Leitmärkte der Zukunft sind auszubauen und neue Absatzmärkte zu erschließen.

Darüber hinaus muss ein neues Steuerkonzept Vermögende, unter anderem durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, stärker in die Verantwortung für das Gemeinwohl nehmen und Normalverdiener sowie Familien steuerlich besser stellen.

Mit Schwarz-Gelb droht wirtschaftlicher Stillstand

Nach wie vor setzt die Bundesregierung auf weitreichende zusätzliche Steuerentlastungen „möglichst zum 1. Januar 2011“. Gleichzeitig will sie ab 2011 die neue Schuldenregel einhalten und den Bundeshaushalt grundlegend konsolidieren.

Bundesregierung und Regierungskoalition glauben und pflegen immer noch ihre Lebenslüge, dass massive Steuersenkungen zwangsläufig ein rasant wachsendes Wirtschaftswachstum auslösen - ein Unsinn, für den jegliche Empirie und ernsthafte Unterstützung durch Experten fehlt. Zudem zeigt ein Blick in die Geschichte der 80er und 90er Jahre, dass derartige Konzepte misslingen. Ansonsten steht bezogen auf die konkrete Ausgestaltung der Steuersenkungs- und Konsolidierungspläne der Bundesregierung auch im Jahreswirtschaftsbericht 2010 nichts Neues. Der Jahreswirtschaftsbericht schreibt in den einschlägigen Passagen lediglich die Koalitionsvereinbarung ab. Nach wie vor werden vor der NRW-Wahl alle Schotten dicht gehalten.